

Anastas Odermatt ... Stolz auf unseren Kanton

ALG ... ist der neue Fraktionschef

Als Nachfolger von Stefan Gisler wählte die Fraktion der ALG Anastas Odermatt zum neuen Fraktionschef.

PD/LF - Der neu gewählte ALG-Fraktionschef Anastas Odermatt hat in der Fraktion bereits Verantwortung für wichtige Themen übernommen. Als studierter Religionswissenschaftler mit vergangenen Lehraufträgen an den kantonalen Gymnasien und aktuellem Forschungsauftrag an der Universität Luzern steht die Bildung ganz weit oben auf seiner politischen Präferenzliste. Während mehrerer Jahre war Anastas Odermatt Projektleiter in einer Umweltkommunikationsagentur, – diese Arbeit bestätigte ihm die Wichtigkeit, sich auch politisch für einen bewussten und umweltschonenden Umgang mit Energie einzusetzen. Seit 2011 ist er zudem Co-Präsident und Verantwortlicher Kinder- und Jugendpolitik national von Jungwacht Blau-



Bild: z.V.g.

Anastas Odermatt wird neuer Fraktionschef der ALG.

ring Schweiz und seit 2012 Stiftungsratspräsident der Stiftung Jungwacht blauring. Der seit kurzem verheiratete Steinhauser will auch als Fraktionschef mit Sachkenntnis, Ehrlichkeit und Offenheit die Geschicke des Zuger Kantonsrates mitbestimmen.

Joschka Fischer in Bern

FDP Aus dem Polittagebuch von Joachim Eder

Am 23. November 2015 war Bundesausserminister a. D. Joschka Fischer mit dem Thema «Scheitert die EU? Scheitert Europa?» zu Gast bei der Handelskammer Deutschland-Schweiz.

Von Joachim Eder

Als Vizepräsident der Delegation des Schweizer Parlamentes zum Deutschen Bundestag war ich als FDP-Ständerat des Kantons Zug als Gast bei dieser Veranstaltung mit Joschka Fischer eingeladen.

Frage eines Journalisten

Ein Journalist fragte Joschka Fischer unter anderem Folgendes: In welche Richtung könnte sich die EU entwickeln? Die Vereinigten Staaten von Europa mit föderaler Präsidialverfassung: Ist dieses amerikanische Modell auf die EU übertragbar?

Fischers Antwort

Joschka Fischer antwortete: «Die EU hängt gewissermassen zwischen Baum und Borke: Sie ist kein gemeinsamer Staat, wird aber von der Mehrheit ihrer Bürger als eine Art Superstaat angesehen. Besonders im Süden zeigt sich das in der Zuweisung der Verantwortung für die Finanzkrise und in dem Vorwurf des Verlustes demokratischer Kontrolle. Aber der föderale Traum Europas mit dem Vorbild USA kann nicht funktionieren.

Vorbild Schweiz?

Die EU hat heute 28 Mitgliedsstaaten, in denen 500 Millionen Menschen leben, die alle unterschiedliche Sprachen sprechen. Die Nationen der EU berufen sich auf jahrtausendealte Traditionen und sehr eigene Identitäten. Im Zuge der Griechenlandkrise konnte man verfolgen, wie entscheidend unterschiedliche Historien und auch ihre jeweiligen nationalen Deutungen sind. Können Sie sich einen europäischen Wahlkampf mit Kandidaten für einen direkt gewählten



Bild: ZW-Archiv

FDP-Ständerat Joachim Eder.

Präsidenten vorstellen, den weite Teile der Wählerschaft nicht direkt verstehen, da er ihre Sprache nicht spricht? Ich nicht! Ich denke da eher an ein europäisches Vorbild – ich denke an die Schweiz. Denn auch die Schweiz besteht aus unterschiedlichen ethnischen Gruppen und diese Gruppen haben sich bis heute nicht homogenisiert.

Vernunftstaat

Wenn wir zurückblicken, dann stellte sich nach den Wirrungen der Kriege des 19. Jahrhunderts für die nur lose verbundenen Kantone in ihrer konföderativen Verfassung ja auch die Existenzfrage. Wenn sich die innerschweizerischen Kantone im Sonderbundeskrieg durchgesetzt hätten, wäre die Schweiz als eigenständiger Staat in den Zeiten des europäischen Nationalismus in ihre nationalen Bestandteile zerfallen. Nur der «Vernunftstaat» Schweiz konnte sich den Nationalismen entziehen und er wurde ein modernes Europa im Kleinen. Mit der direkten Demokratie und einer politischen, sprachlichen und ethnischen Heterogenität. Damit passt die Schweiz in der Tat als funktionierendes «föderales» Modell für die Europäische Union.»

GLP Zug macht niemandem etwas vor

Zuger waren schon immer eher bescheidene Menschen – denn nichts im Kanton Zug will anderen etwas vormachen und nichts will grösser sein als nötig. Gross und interessant sind nur die anderen. Wieso eigentlich?

Von Daniel Stadlin

Eingeklemmt zwischen Zürich und Luzern fühlen wir uns unbedeutend. Wir pflegen diesen beiden Städten gegenüber einen historisch begründeten kollektiven Minderwertigkeitskomplex. Das gehört offenbar zur Zuger Identität. Reflexartig machen wir uns diesen Nachbarn gegenüber klein. In Zürich oder Luzern kann man das oder jenes machen. In Zug heisst es schnell einmal: Nein, das geht nicht, das passt nicht zu uns, dazu sind wir doch viel zu klein! Ja sicher, die Zuger Altstadt ist winzig und ihre Häuser sind es ebenso. Und die neue Stadt wirkt konzeptlos. Sie hat zwar von allem etwas, aber nichts passt wirklich zusammen. Der Kantonshauptort hat es verschlafen, den materiellen



Bild: z.V.g.

Daniel Stadlin, Kantonsrat GLP, Zug.

Wohlstand der letzten Jahrzehnte in einen städtebaulichen Mehrwert umzusetzen – Zugs Stadtbild ist bestenfalls Schweizer Durchschnitt. Und dann haben wir auch keine kul-

turellen Leuchttürme. Obwohl die Stadt für Kultur sehr viel Geld lockermacht und der Kanton Zug sich sogar die vierthöchsten Kulturausgaben pro Kopf der Schweiz leistet. Mehr als Zürich oder Luzern. Warum nur fehlt uns der Wille zur sichtbaren Grösse? An den Finanzen kann es jedenfalls nicht liegen, sind doch Stadt und Kanton reich. Die Reichsten im Land. So zahlen wir 20 Prozent der Ausgleichszahlungen der Kantone in den NFA, obwohl wir nur 1.4 Prozent der Schweizer Bevölkerung ausmachen. Bei der Bundessteuer und der eidgenössischen Sozialwerke sind wir Nettozahler. Und bei der Raumplanung gilt der Kanton Zug gesamtschweizerisch als Referenz. Wir verfügen über eine hervorragende Infrastruktur, komfortabel ausgebaute Dienstleistungen und hohe Sozialleistungen. Das alles ist nicht wirklich manifestierbar. Zugs wahre Grösse ist eben nach innen gerichtet. Darauf können wir stolz sein, auch gegenüber unseren grossen Nachbarn.

Proaktiv gegen Ängste

ALG Alle müssen ihren Beitrag leisten

Mehr als 50 Millionen Menschen sind derzeit weltweit auf der Flucht. Die meisten von ihnen leben in den angrenzenden Nachbarstaaten. In diesem Jahr haben bisher über eine Million Menschen – Kinder, Frauen und Männer – den Weg nach Europa gewählt.

Von Andreas Lustenberger

Die allermeisten Flüchtlinge kommen aus den Bürgerkriegsländern des nahen und Mittleren Ostens, sie fliehen auch vor dem blutigen Terror des sogenannten islamischen Staates IS. Während die Grenzen für Menschen immer stärker befestigt werden, sprudelt das Öl, eine Haupteinnahmequelle des IS, fröhlich weiter nach Europa. Nicht nur mit dem Öl wird fleissig Geld verdient, auch Waffenexporte aus Europa in den arabischen Raum haben ein Allzeithoch erreicht. Alle Länder Europas müssen ihren Beitrag zur Bewältigung dieser humanitären Krise leisten, auch die Schweiz. Es müssen die Einnah-



Bild: z.V.g.

Andreas Lustenberger, Kantonsrat Baar ALG.

mequellen der kriegstreibenden Parteien versiegelt werden und es dürfen keine weiteren Waffen exportiert werden. **Offene Herzen:** Gleichzeitig braucht es offene Herzen für Frauen, Kinder und Männer, die diesem Terror entfliehen.

Stacheldrähte, Mauern und lottrige «Nusschalen» halten die Menschen nicht auf. Sie führen höchstens zu tödlichen Zwischenfällen. Ich begrüsse es deshalb, dass der Zuger Regierungsrat weitere Unterkünfte für Menschen in Not zur Verfügung stellt. Die Asylunterkunft in Menzingen läuft, auch insbesondere dank einer starken zivilgesellschaftlichen Organisation, ohne grössere Probleme. Eine gleiche Begleitgruppe ist nun auch für die neuen Wohnungen im Gebiet der Obermühle in Baar geplant, ein erstes Treffen findet noch im Januar statt. Interessierte dürfen sich gerne bei mir melden – andi.lustenberger@gmail.com. **Proaktiv gegen Ängste:** Es liegt in der Natur des Menschen, dass Neues durchaus auch Sorgen bereiten kann. Ich bin der festen Überzeugung, dass man am besten proaktiv auf neue Situationen eingeht. Mit einer aktiven Begleitgruppe in Baar werden wir auch hier einen Beitrag zum gegenseitigen Verständnis und Miteinander leisten können.

Steuergelder um Weiterbildungen für Politiker zu finanzieren?

Offenbar wurde eine politische Weiterbildung an der Universität St. Gallen von einem Mitglied des Baarer Gemeinderates mit Steuergeldern subventioniert. Als Volksvertreter (sei es als Kantonsrat oder als Gemeinderat) müssen wir eine Vorbildfunktion übernehmen. Während die finanzielle Ausgangslage für den Kanton Zug sowie auch für die Gemeinde Baar in Zukunft nicht mehr rosig aussieht, müssen wir mit den Steuergeldern haushälterisch umgehen. Gerade in Zeiten, in welchen das Entlastungspaket mit diversen

Sparmassnahmen im Zuger-Kantonsrat diskutiert wird, welche natürlich auch die Gemeinde Baar betreffen, müssen solche Finanzierungen auf Kosten der Steuerzahler doppelt hinterfragt werden. Nach Art. 1 des Entschädigungsreglements erhält jeder Gemeinderat eine jährliche Grundentschädigung in der Höhe von mindestens 75'000 Franken dazu kommen nach Art. 2 eine jährliche pauschale Spesenentschädigung von mindestens 8000 Franken. Das macht zusammen mindestens 83'000 Franken ohne weitere Spe-

sen für ein Teilzeitmandat(!). Politische Weiterbildung liegt meiner Ansicht nach in der Eigenverantwortung der gewählten Mandatsträger. Staatliche finanzierte Weiterbildungen für gewählte Politiker können zu Recht bei uns Steuerzahlern negativ aufgenommen werden. Mein Schreiben betrifft nicht nur die Gemeinde Baar. Bereits 2013 habe ich solche Weiterbildungen auf Kosten der Steuerzahler im Kantonsrat bekämpft und ich werde nun diese Zahlungen auch in der Gemeinde Baar bekämpfen.

Beni Riedi, Baar